

**Öffentliche Sitzung**  
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses/Klima-, Umwelt-, Energie- und  
Bauausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung  
am Mittwoch, den 25.01.2023  
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 17:07 Uhr

Ende: 18:54 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

**stellv. Vorsitzender**

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

**CDU**

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Christof Preiß

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

**SPD**

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

**Die Linke**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Karin Rauscher

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Brigitte Abele

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

**Verwaltung**

Herr Klaus Arnholdt

Herr Helmuth Caesar

Herr Gerhard Hackner

**Abwesend:**

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-  
Streit

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

## Tagesordnung

=====

- 1** Erörterung der Situation der Landwirtschaft durch Vertreter des Kreisbauernverbandes zur Information
- 2** Bekanntgaben
- 3** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

## **zu 1      Erörterung der Situation der Landwirtschaft durch Vertreter des Kreisbauernverbandes zur Information**

### **Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Kucher, Herrn Strauß und Herrn Weber vom Kreisbauernverband und führt aus, dass der Tagesordnungspunkt auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE zurückgehe.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE freut sich, dass man sich über das Thema nun grundsätzlich austauschen könne. Wichtig sei, dass man das Thema konkret vor Ort bewerte. Das Thema sei in Schwäbisch Gmünd umso dringlicher, da man aktuell die Fortschreibung des Flächennutzungsplans diskutiere. Man habe sehr viele Wohn- und Gewerbegebiete ausgewiesen. Es sei vorgesehen, nochmals viele Flächen aufzunehmen. Man liege über das Vierfache über dem, was die Landesregierung im Koalitionsvertrag festgelegt habe. Er freue sich auf den Vortrag.

Herr Hackner erläutert den aktuellen Stand und den Zeitplan des Flächennutzungsplanverfahrens.

Herr Kucher freut sich, dass er die Belange der Landwirte vorstellen könne. Die Ernährungssicherheit und der Flächenverbrauch seien sehr wichtige Themen. Man sei bei der Nahrungsmittelversorgung aktuell auf das Ausland angewiesen.

Herr Strauß präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass es einen Verordnungsvorschlag zur Wiederherstellung der Natur gebe, zu dem sich die Kommunen nun äußern könnten. Aus seiner Sicht führe dieser zu einer Konkurrenz zwischen Kommune und Landwirtschaft. Er erkundigt sich, wie der Bauernverband sich zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln positioniere.

Herr Strauß äußert, dass Baden-Württemberg mit dem Biodiversitätsstärkungsgesetz eine Vorreiter-Rolle habe. Das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ wäre ein guter Kompromiss gewesen. Man wolle die Pflanzenschutzmittel so weit wie möglich reduzieren, man habe ein Monitoring wie es sich auswirke. Die EU gebe nun strenge Vorgaben vor, so könne man nicht mit den Landwirten umgehen. Man dürfe eine solche Forderung nicht stellen, ohne die Ernährungssicherung der Bevölkerung im Blick zu haben.

Herr Kucher ergänzt, dass man sich gemeinsam mit den Kommunen Seite an Seite

dafür einsetzen müsse. Die EU sei sehr weit weg von der Basis.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass man sich ablehnend zum Verordnungsvorschlag positionieren werde.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Er weist darauf hin, dass auch die Grünen-Fraktion einen Antrag gestellt habe. Es gehe um Fragen des Milchanteils, aber auch um die Flächenkonkurrenz. Man müsse die Flächen nach dem Wert der Fläche einstufen. Man gehe nur langsame Schritte vorwärts, sei aber schon ein Stück weit vorangekommen. Wichtig sei auch der Aspekt mit der Verdichtung, hier sei man in Schwäbisch Gmünd gut unterwegs. Einfamilienhäuser seien schwierig, hier gehe es nicht nur um Schwäbisch Gmünd, sondern auch um umliegende Gebäude. Man solle auch innerörtliche, landwirtschaftliche Gehöfte angehen, hier könne man das Entwicklungspotenzial ausbauen. Es gebe verschiedene Zielkonflikte, die man angehen müsse. Er sei zuversichtlich, für jeden Zielkonflikt eine Lösung zu finden, man solle an einem Strang ziehen.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass man Vieles, was genannt worden sei, in der Fraktion auf dem Schirm habe. Man könne jedoch nicht alles umsetzen wegen den Zielkonflikten. Für die Bauern gebe es einen Flächentausch und nach den Ausführungen des Kreisbauernverbandes gehe dieser immer zu Lasten der Qualität. Hier bittet sie um nähere Ausführungen. Was sie sehr bedauere sei, dass Molkereien und Schlachtereien immer sehr groß gedacht werden würden. Es sei nachhaltiger und tierschonender, wenn man die Betriebe regional ansiedeln könne. Man nehme die Aspekte mit und beziehe sie in die künftigen Planungen mit ein.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass Landwirte davon auch profitieren könnten.

Herr Kucher äußert, dass das Bewusstsein für die landwirtschaftliche Fläche da sein müsse. Man müsse Mehrfachnutzungen vorsehen. Man bekomme im Normalfall die schlechtere Fläche, bspw. in einer Hanglage. Zu den Molkereien und Schlachtereien äußert er, dass es viele Direktvermarktungen gebe. Bei der der Verarbeitung brauche man eine gewisse Größe, um den Anforderungen gerecht zu werden. Er verstehe nicht, warum die Politik Gesetze mache, die man nicht mehr umsetzen könne. Dadurch würden große Betriebe immer weiterwachsen.

Herr Strauß äußert, dass man ein gesteigertes Bewusstsein für die Ernährung gehabt habe. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine habe sich dies wieder verändert.

Herr Hackner führt aus, dass es für ihn immer wichtig gewesen sei, dass die Landwirte eine adäquate Fläche erhalten. Die Landwirte würden auch selbstständig kleinere Flächen tauschen. Man versuche, das Beste mit den Landwirten zu erreichen. Es habe bisher immer gut funktioniert.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er erkundigt sich, wie es um die Flächenkonkurrenz stehe. Andere Bundesländer würden viele Flächen aufkaufen. Es komme außerdem die Konkurrenzsituation der Firmen und Konzerne hinzu. Wie sei dies auf der Ostalb und speziell in Schwäbisch Gmünd und Waldstetten?

Herr Kucher äußert, dass man eine Flächenkonkurrenz aus der Industrie habe, da diese das Geld anlegen wolle und daher auf die landwirtschaftliche Fläche setze. Für die Landwirte bleibe daher nur die Pacht der Flächen, diese steige aufgrund der Renditen, die die Industrie erzielen wollen.

Herr Strauß führt aus, dass das Grundstücksverkehrsgesetz in das Agrarstrukturverbesserungsgesetz umbenannt worden sei. Dieses garantiere, dass eine Fläche, die größer als acht Hektar sei, nicht einfach an Nicht-Landwirte verkauft werden könne. Das Landwirtschaftsamt schreibe diese Fälle aus, der Landwirt erhalte dann den Vorrang. Der überhöhte Preis sei eine weitere Grenze: Bei einem Preis über 25 Prozent des ortsüblichen Preises könne das Landwirtschaftsamt die Veräußerung ebenfalls untersagen.

Herr Weber führt aus, dass die Situation der landwirtschaftlichen Betriebe besorgniserregend sei. Man müsse Mittel finden, das Höfesterben zu stoppen. Wenn große Flächen wie durch Aspen wegfallen würden, dann sei es für viele Betriebe existenzbedrohend.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für den Vortrag. Die Argumente würden in den Ausschüssen eher untergehen. Man bedauere sehr, dass man im Gemeinderat keinen Landwirt habe. Man solle sich nicht über die EU unterhalten, sondern darüber, was man selbst besser machen könne. Wenn man mehr Bio-Fleisch wolle, brauche man mehr Platz. Auch bei weniger Düngemittel brauche man mehr Platz. Er erkundigt sich, inwiefern die landwirtschaftlichen Belange bei der PV-Flächenauswahl berücksichtigt seien.

Herr Weber führt aus, dass Herr Hackner zu einem Termin eingeladen habe. Die Flächen der Kategorie 2 seien schlechter als die der Kategorie 1. Jeder Acker, der weg falle, sei schlecht. Man könne aber nicht komplett „Nein“ sagen, man müsse den Beitrag zur Energiewende schaffen. Man solle zunächst eine Offensive für innerörtliche PV-Anlagen machen.

Herr Strauß ergänzt, dass die Landwirtschaft nicht als Ausschlusskriterium genannt werde.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass es viele Themen gebe, die man bearbeite und kenne. Es sei kein völliges Neuland. Es seien auch Dinge, die die Landwirte fordern, die aber gesetzlich geregelt seien. Wichtig sei, dass man gemeinsam vorangehe. Diejenigen, die den Flächennutzungsplan beschließen würden, seien nicht gegen die Landwirtschaft. Man sage immer, dass man so wenig Fläche wie möglich verbrauche. Man brauche Potentialflächen. Man habe auch andere Interessen, die mit hineinfließen würden. Eine Freiflächen-PV in Naturschutzgebieten gehe gesetzlich nicht. Man sei kein Gegner der Landwirtschaft.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass es wichtig sei, darüber zu sprechen. Man sei beim Flächennutzungsplan anderer Meinung, man müsse auch auf Arbeitsplätze achten. Man konkurriere hier auch mit anderen Ländern. Man habe auch kleinere Betriebe, die sich vergrößern möchten.

Stadtrat Kaiser/CDU führt aus, dass man die Belange der Landwirtschaft künftig be-

rücksichtigen müsse.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass man in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern am Essen spare. Es sei für sie unverständlich, dass man auf dem Wochenmarkt Kartoffeln aus anderen Ländern erwerben könne.

Stadtrat Majohr/FDP/FW regt an, Freiflächen für Kleingärtner auszuweisen.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem Verhältnis von Flächen zur Biogasbefeuerung im Vergleich zur Nahrungsmittelproduktion und wie die Entwicklung aussehe.

Herr Kucher antwortet, dass es beim Biogas momentan eine Stagnation gebe. Den genauen Prozentsatz könne niemand sagen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen findet es wichtig, dass man die Punkte diskutiere. Die Prozesse würden bereits jetzt in den Köpfen sein. Die Parkhäuser und Tiefgaragen seien zum Teil Dinge, die gar nicht in der wirtschaftlichen Hand liegen würden, da die Investoren ansonsten wieder weg seien. Man solle mehr Druck aufbauen können und in den Verhandlungen versuchen, mehr herauszuholen. Zum Thema Umwandlung von Wiesen in Ackerland äußert sie, dass das Mähen schneller gehe, wenn man nicht um Baumstämme herumfahren müsse. Bei Streuobstwiesen liege auch viel Obst herum, das niemand einsammle und es dann verfaule. Beim Thema Wald sei das Thema Borkenkäfer aktuell. Der Aufwand sei sehr hoch, v.a. für Kleinwaldbesitzer. Dass Grundstücke in andere Länder verkauft werden würden, weil mehr geboten werde, finde sie nicht gut.

Herr Kucher äußert, dass für die Schweizer die gleichen gesetzlichen Grundlagen gelten würden, diese seien jedoch kaufkräftiger. Der Städte- und Gemeindetag müssten sich dafür einsetzen, gleiche Regelungen zu schaffen in Bezug auf Tiefgaragen. Wichtig sei ihm, dass nicht der Vorwurf entstehe, dass der Gemeinderat alles falsch mache. Man sei sich bewusst, dass viele Aspekte einwirken würden. Man wolle die Situation erklären, damit man entscheiden könne. Man stelle die Forderungen auch auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Wichtig sei, dass man auf Augenhöhe diskutiere. Man könne beraten, der Gemeinderat entscheide letztlich. Er bedankt sich für den Austausch.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass es darum gehe, miteinander gemeinsam Lösungen zu finden. Man habe auch die Sitzungen mit den Landwirten, die regelmäßig stattfinden würden.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt:

nachrichtlich an Amt: 60

**zu 2      Bekanntgaben**

**Protokoll:**

Keine.

**zu 3      Anfragen**

**Protokoll:**

Nachdem keine Anfragen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.



Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: